

L1 Demokratische Kultur fördern

Gremium: GRÜNE JUGEND Sachsen Landesvorstand
Beschlussdatum: 29.01.2018
Tagesordnungspunkt: 3. Leitanträge des Landesvorstandes

1 Demokratische Kultur fördern

Wie stark eine Demokratie ist, bemisst sich daran, wie sehr Menschen hinter ihr stehen und bereit sind, sich für sie einzusetzen. Gerade in Zeiten, in denen ein immer stärkerer Rechtsruck in Europa zu spüren ist, und viele Regierungen ins autoritäre tendieren, gilt es, Demokratie effektiv zu verteidigen und zu stärken. Das bedeutet politische Abläufe transparent zu machen, eine offene Diskussionskultur und engagierte Zivilgesellschaft zu stärken, aber auch aktiv Widerstand gegen rechte Hetze und minderheitenfeindliche Gesinnungen zu leisten.

Die lange Zeit, in der die sächsische CDU die Regierungsgeschäfte im Freistaat gelenkt hat, hat ihre Spuren in der demokratischen Kultur Sachsens hinterlassen. Die Regierung des Freistaats hat es über Jahre versäumt, die Menschen mit einzubeziehen.

Bürger*innen werden paternalistisch behandelt: in einem zentralistischen Demokratieverständnis sind weder ein ausreichend großes Maß an Information, noch an Mitsprache gegeben.

1. Transparenz und Direkte Demokratie

Politik darf nicht nur weit entfernt von den Menschen stattfinden.

Wir fordern, dass Bürger*innen so früh wie möglich über Projekte, ob in ihrer Nähe oder im Land, informiert werden und in die politische Ausgestaltung miteinbezogen werden. So ist es zum Beispiel wichtig den Strukturwandel in der Lausitz langfristig mit den Menschen vor Ort gemeinsam zu gestalten. Wie die Zukunft nach dem Ende des massigen Braunkohleabbaus weiter gehen soll, können Menschen, die davon nicht betroffen sind, nicht allein planen. Wir bekräftigen unsere Forderung auf diese Weise mehr Bürger*innenbeteiligung möglich zu machen. Größtmögliche Transparenz und der Wille, echte Beteiligung zu ermöglichen, sind ein erster Schritt zu mehr Bürger*innenbeteiligung.

Das gilt nicht nur bei Bauvorhaben, sondern ebenso bei Gesetzesinitiativen. Bürger*innen müssen die Möglichkeit haben, sich bereits vor dem Beschluss des jeweiligen Parlaments eine Meinung zum jeweiligen Sachverhalten zu bilden. Nur so können breite gesellschaftliche Debatten geführt werden.

Wir fordern zudem den Ausbau von E-Government-Plattformen. Die Online Plattform www.buergerbeteiligung.sachsen.de ist eine gute Initiative, die allerdings nicht mit Leben gefüllt wird. Wenn in der Staatsregierung und der Verwaltung nicht der Wille zu mehr Beteiligung da ist, nutzt auch eine teure Homepage nichts.

Ein weiterer Schritt ist die Direkte Demokratie. Einen umfassenden Antrag hat die GRÜNE JUGEND Sachsen bereits im Januar 2016 beschlossen. Kernanliegen für uns ist es, die Hürden für das Zustandekommen von Volks- und Bürger*innenentscheiden zu senken.

39 2. Du hast die Wahl! Wahlbeteiligung steigern

40 Wahlen sind ein wichtiges demokratisches Moment. Bei der Landtagswahl in Sachsen
41 2014 lag die Wahlbeteiligung jedoch nur bei 49,1% der Wahlberechtigten. Das ist
42 auch im Bundesvergleich ein enorm niedriger Wert für eine Landtagswahl. Es ist
43 falsch, nur eine Ursache für diese geringe Beteiligung ausmachen zu wollen - und
44 dennoch zeigt sich, dass viele Menschen diese Komponente des Teilhabens an
45 Demokratie nicht für besonders wichtig erachten oder wegen struktureller
46 Benachteiligung nicht wählen gehen. Sei es, ob sie am demokratischen System auf
47 Grund ihres Alters, ihrer Herkunft, Behinderungen, auf Grund fehlender
48 Ressourcen durch Mehrfachbelastungen in Berufs- und Familienleben oder einen
49 fehlenden Zugang zu Wissen, ausgeschlossen werden, es ist nicht unsere
50 Vorstellung von Demokratie, dass Menschen nicht mitmachen können. Dabei werden
51 aus dem gewählten Landtag eine Vielzahl Gesetze verabschiedet, die das
52 alltägliche Leben der Menschen in Sachsen direkt beeinflussen.

53 Es ist ein Anliegen der GRÜNEN JUGEND Sachsen die Wahlbeteiligung in Sachsen
54 langfristig zu steigern, und dabei für progressive und emanzipatorische Inhalte
55 zu begeistern. Die Diskussion, warum Menschen nicht wählen gehen und wie das
56 geändert werden kann, muss verstärkt werden. Eine hohe Wahlbeteiligung ist kein
57 Selbstzweck. Es kann nicht das Ziel sein, dass möglichst viele Menschen
58 uninformiert ein Kreuz setzen, sich aber sonst von demokratischen Prozessen
59 entfernen. Das Land Sachsen ist in der Pflicht, durch umfängliche
60 Informationsmöglichkeiten über politische Themen und Prozesse für die
61 Bürger*innen die sächsische Politik verständlich darzustellen.

62 3. Hört der Jugend zu! - Jugendbeteiligung fördern

63 Die Entscheidungen, die in politischen Prozessen getroffen werden, betreffen
64 zukünftige Generationen immens. Deswegen ist es wichtig, dass junge Menschen in
65 diese demokratischen Prozesse einbezogen werden. Jugendliche sollen an denen für
66 sie so wichtigen Angelegenheiten beteiligt werden.

67 Deswegen bekräftigen wir unsere Forderung nach einer Absenkung des Wahlalters
68 auf 14 Jahre. Junge Menschen sollen an politischen Entscheidungen durch Wahl
69 teilhaben können.

70 Die Beteiligungsmöglichkeit junger Menschen soll aber auch außerhalb von Wahlen
71 gestärkt werden. Dafür muss sich der Freistaat vor allem dafür einsetzen,
72 flächendeckend Jugendparlamente zu etablieren, um Jugendlichen einen festen Ort
73 für Mitsprache zu bieten. Diese sind auch mit Budgets auszustatten, um
74 handlungsfähig zu sein. Jugendparlamente müssen ein angemessenes Informations-
75 und Mitspracherecht erhalten. Außerdem soll Kinder- und Jugendpartizipation im
76 nicht institutionalisierten Rahmen gestärkt werden. Dafür sollen Träger der
77 Kinder- und Jugendhilfe gezielt Maßnahmen durchführen, um Beteiligungsprozesse
78 zu gestalten. Dies soll auch den Kommunalparlamenten und dem Landtag helfen
79 einen besseren Einblick in die Wünsche und Erwartungen junger Menschen an die
80 Politik zu bekommen.

81 Wir fordern, dass Jugendliche in den parlamentarischen Ausschüssen des Landtags
82 zu den sie betreffenden Belangen regelmäßig und umfassend angehört werden.

83 Sachsens Schüler*innen erzielen bundesweit sehr gute Ergebnisse in
84 naturwissenschaftlichen und mathematischen Fächern. Mit den Sachsen-Monitor 2016
85 wurde jedoch noch einmal verdeutlicht, wie es um die politische Stimmung und

86 Bildung auch unter jüngeren Leuten steht. 35 Prozent der 18- bis 29-Jährigen
87 waren der Meinung, "Juden versuchen heute, Vorteile daraus zu ziehen, dass sie
88 während der Nazi-Zeit die Opfer gewesen sind." 46 Prozent stimmten der Aussage
89 zu, "Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden." . Kurz
90 nach dem Sachsen-Monitor 2016 wurde Geschichte als Unterrichtsfach ab der
91 10.Klasse wieder verpflichtend. Das darf jedoch nicht die einzige Konsequenz
92 sein. Wir fordern, dass alle Lehrer*innen in Sachsen an
93 Antidiskriminierungsschulungen teilnehmen, sodass sie angemessen auf
94 diskriminierende Aussagen von Schüler*innen reagieren und sich selbst
95 reflektieren können.

96 Themen, zu denen Lehrer*innen kein Fachwissen erlernt haben und bei denen sie
97 sich unsicher fühlen, sollen von externen Trägern an der Schule unterrichtet
98 werden. Dazu gehören Diskriminierung, Ausgrenzung und Mobbing.

99 Schüler*innen sollen außerdem schon in der Schule an das demokratische System
100 herangeführt werden. Demokratisches Mitwirken am Schulalltag und die Erfahrung,
101 wirklich etwas bewegen zu können und einen Einfluss zu haben, beugen
102 Politikverdrossenheit vor. Die jetzige Schüler*innenmitwirkung ist ausbaufähig.
103 Oft sind Schüler*innen gar nicht über ihre Rechte informiert. Doch wir finden,
104 auch ihre jetzigen Rechte sind ungenügend. Sie wählen Klassensprecher*innen, die
105 dann in dem Schüler*innenrat beratende und wählende Funktionen haben. Wir
106 fordern, dass der Schüler*innenrat in wichtigen sie und die Schule betreffenden
107 Fragen nicht nur mitreden kann, sondern auch eigene Initiativen durchsetzen und
108 ein Veto-Recht gegenüber Entscheidungen der Schule hat. Dies soll insbesondere
109 für die Ausstattung der Schule, Umbauten und kommende Veranstaltungen gelten.

110 4. Mitgestaltungsmöglichkeiten auch für Menschen ohne deutsche
111 Staatsbürger*innenschaft

112 Die demokratischen Möglichkeiten der Teilhabe erschöpfen sich meist an der
113 Grenze der Staatsangehörigkeit. Wer die deutsche Staatsbürger*innenschaft nicht
114 besitzt, hat kein Recht an Wahlen teilzunehmen. Das gilt auch, wenn die Person
115 schon lange in Sachsen zu Hause ist. Seit einigen Jahren wird bereits darüber
116 diskutiert, das Kommunalwahlrecht für nicht deutsche Staatsangehörige, die ihren
117 Wohnsitz in Deutschland haben, zu öffnen. Die GRÜNE JUGEND Sachsen unterstützt
118 diese Idee. So können Menschen auf lokaler Ebene daran teilhaben, was in ihrer
119 Straße, ihrem Stadtteil oder ihrem Ort passiert.

120 Wir setzen uns dafür ein, dass es im Vorfeld von Wahlen, aber auch während einer
121 Legislaturperiode, niedrigschwellige Möglichkeiten des Dialogs gibt, um die
122 Ansichten von Menschen ohne deutsche Staatsbürger*innenschaft in die politische
123 Entscheidungsfindung mit einzubeziehen.

Begründung

erfolgt mündlich